

Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsdatum: Dienstag, den 25.01.2022
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:00 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal im Rathaus der Stadt Alfeld (Leine),
Marktplatz 1, 31061 Alfeld (Leine)

Anwesend:

Vorsitzender

Beigeordneter Thorsten Dinkela

Beigeordneter

Beigeordneter Peter Winkelmann

Mitglied

Ratsfrau Sandra Flake bis 19:30 Uhr

Ratsherr Patrick Gensicke

Ratsherr Marco Gravili

Ratsherr Reginald Klossek

Ratsfrau Sonja Maria Lehmann

Ratsfrau Sabine Voshage-Schlimme

Ratsherr Stephan Schaper

nicht Gremiumszugehörige Ratsmitglieder

Ratsfrau Ute Bertram

Ratsfrau Nadine Fischbock

Ratsfrau Kerstin Funk-Pernitzsch

Ratsherr Georgios Konstantopoulos

Beigeordneter Harald Schliestedt

Beigeordneter Uwe Höltgebaum

von der Verwaltung

Bürgermeister Bernd Beushausen

Herr Mario Stellmacher

Herr Thorsten Laugwitz

Frau Dr. Sonja Granzow

Herr Hans-Günther Scharf

Herr Uwe Mönkemeyer

Herr Thomas Otte

Herr Marcel Runge

Herr Arne Klingeberg

Protokollführerin

Frau Susanne Meyer

Öffentlicher Teil

1. **Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses sowie der Tagesordnung**

Herr Dinkela eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Hinsichtlich der Tagesordnung bittet die Verwaltung um eine Ergänzung dahingehend, dass im Anschluss an die öffentliche Sitzung eine nichtöffentliche Sitzung mit dem Tagesordnungspunkt „Förderung der Jugendwerkstatt der LABORA gGmbH“ stattfindet. Hiergegen werden keine Einwände genannt. Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung einstimmig festgestellt

2. **Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Finanzausschusses am 13.12.2021**

Das Protokoll über die Sitzung des Finanzausschusses am 13.12.2021 wird einstimmig genehmigt.

3. **Sachstand zur aktuellen Corona-Lage**

Herr Beushausen berichtet, dass lt. RKI die Sieben-Tages-Inzidenz im Landkreis Hildesheim bei rd. 700 läge und in Alfeld (Leine) bereits rund 90 Corona-Fälle zu verzeichnen wären. Diese Entwicklung werde voraussichtlich noch eine Weile andauern. Aufgrund dieser hohen Infektionszahlen habe die für Montag, 24.01.2022, geplante Versammlung (Demonstration für Impfungen und Solidarität) abgesagt werden müssen.

Er bittet dringend, weiterhin unnötige Kontakte zu beschränken, insbesondere um Ältere und Menschen mit Vorerkrankungen zu schützen. Es gäbe zwischenzeitlich zwei Virus-Varianten, und zwar Omikron B1 und B2 mit unterschiedlichen Verläufen.

Im Bereich der Stadtverwaltung sei die Kita Vormasch stark betroffen. Einige Kinder und Erzieherinnen seien erkrankt. Evtl. müsse die Einrichtung in Kürze vorübergehend geschlossen werden.

Zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde eine über die Absonderungsverordnung hinausgehende interne Regelung getroffen, wonach sich betroffene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als K1-Kontaktpersonen ins Homeoffice begeben oder freigestellt werden. Wichtig sei, dass die Stadt Alfeld (Leine) unbedingt ihre Leistungsfähigkeit aufrechterhält.

4. **Annahme von Spenden in Höhe von insgesamt 4.581,11 € Vorlage: 064/XIX**

Herr Laugwitz nennt die eingegangenen Spenden und weist darauf hin, dass es sich hierbei hauptsächlich um Zuwendungen für den Bau des neuen Spielplatzes in Langenholzen handele.

Seitens der Ausschussmitglieder besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

**Beschlussvorschlag für den Verwaltungsausschuss der Stadt Alfeld (Leine):
Der Verwaltungsausschuss der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die Annahme der Zuwendungen der verschiedenen Einzelspender*innen der Ortschaft Langenholzen in Höhe von insgesamt 4.011,11 € für den Neubau des Spielplatzes in der Ortschaft Langenholzen, des DRK Ortsvereins Alfeld in Höhe von 150,00 € für die Kindertagesstätte „Schlesische**

Str.“ sowie des Herrn Tim Frenzel in Höhe von 420,00 € für den Spielplatz in Brunkensen.

-Einstimmig-

**5. Haushaltsplanentwurf 2022; mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2023 – 2025: Haushaltssicherungskonzept ab 2022
Vorlage: 027/XIX/1**

Herr Laugwitz erklärt, dass das Haushaltssicherungskonzept sowie der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2022 in die Ratsgremien eingebracht und in den Fachausschüssen sowie in den Ortsräten beraten wurden. Aufgrund der Beratungen sowie der jetzt bekannt gewordenen Schlüsselzuweisungen haben sich Veränderungen ergeben, die in zwei Listen aufgeführt und im Ratsinformationssystem bekanntgegeben worden sind. Danach beläuft sich das Haushaltsdefizit auf momentan 1.094.600 €.

Herr Mönkemeyer erläutert die Veränderungen zum Ergebnishaushalt und Herr Otte berichtet danach über die Änderungen im investiven Finanzhaushalt.

Herr Gravilli erkundigt sich nach den Beträgen, die im Hinblick auf den Verkauf einer Teilfläche des Friedhofs an das RVZ/MVZ genannt wurden. Dabei wird eine Einzahlung von 201.500 € und ein Buchwert von 136.000 € genannt. Er möchte wissen, ob es sich bei der Differenz von 65.000 € um den Ertrag handelt.

Herr Laugwitz antwortet, dass der Grundstücksbuchwert 65.000 € betrage. Als außerordentlichen Ertrag sind bei einem Verkauf 136.000 € als außerordentlicher Ertrag eingeplant.

Herr Schaper ist überrascht, dass auf dem Friedhof plötzlich eine Ersatzfläche für Lager benötigt wird. Ferner möchte er wissen, was es mit der Umzäunung auf sich habe und ob sich die anderen Kommunen an diesen Kosten beteiligen würden.

Herr Beushausen erklärt, dass der Friedhof Lagerflächen für die dortigen Geräte und Maschinen benötige. Da nicht die gesamte Fläche verkauft werden soll, ist eine Umzäunung des Friedhofgeländes zum RVZ/MVZ erforderlich. Die alten abgängigen Gebäude müssten ohnehin abgerissen werden. Dies sei in der Friedhofsplanung vorgesehen, wie auch im Bau- und Grundeigentumsausschuss berichtet wurde. Die Kosten könne man daher nicht auf die anderen Kommunen mit umlegen.

Herr Dinkela bittet insoweit künftig um mehr Transparenz.

Herr Laugwitz erläutert noch einmal die Auswirkungen des Haushaltssicherungskonzepts auf die mittel- bis langfristige Finanzplanung. Mit den dort aufgeführten Maßnahmen sei ein ausgeglichener Haushalt in den nächsten Jahren absehbar und man könne sich damit auf den Weg des Schuldenabbaus begeben.

Für die Herstellung von barrierefreien Sanitäranlagen beim Förderprojekt "Sport- und Freizeitzentrum" schlägt Herr Beushausen vor, den noch zwingend erforderlichen Betrag in Höhe von 80.000 € als Verpflichtungsermächtigung in den Haushalt 2023 mit aufzunehmen. Dieser Vorschlag wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Herr Beushausen berichtet sodann von dem Wunsch der Fraktion der Grünen, ein Mitglied des Stadtjugendrings als Bürgerdeputierten für den Jugend- u. Sozialausschuss zu gewinnen. Leider sei dort bisher niemand gefunden worden, der diese Aufgabe übernehmen könne.

Die Mittel für die Schaffung eines eigenen Jugendparlamentes seien bei der Stadt Alfeld (Leine) zurzeit nicht vorhanden. Selbstverständlich werde die Jugend grundsätzlich gefördert und beteiligt, sei aber bislang auf konkrete Vorhaben bezogen.

Frau Funk-Pernitzsch merkt dazu an, dass gem. § 36 NKomVG Kinder und Jugendliche an geplanten Vorhaben zu beteiligen seien. Der Wunsch ihrer Fraktion sei, nicht sofort ein Jugendparlament zu gründen, sondern zunächst aus Mitgliedern des Jugend- u. Sozialausschusses einen Arbeitskreis zu gründen mit dem Ziel, in welcher Art und Weise ein Jugendparlament aufgebaut werden könne. Hierfür wird beantragt, einen Haushaltsansatz mit in Höhe von 2.000 € einzurichten.

Herr Winkelmann erklärt, dass er das Vorhaben grundsätzlich gutheiße, aber der Betrag von 2.000 € nicht konkret berechnet sei. Es sei nicht hinreichend dargelegt, wofür der Betrag genutzt werden solle.

Frau Flake erklärt für ihre Gruppe, dass sie dem Antrag zustimmt.

Auch Herr Schaper erklärt die Zustimmung seitens der BAL.

Nach kurzer Diskussion werden 2.000 € für eine Evaluation zur Errichtung eines Kinder- und Jugendparlamentes/Jugendbeirates in der Stadt Alfeld (Leine) in den Haushaltsplan 2022 aufgenommen.

Herr Dinkela erklärt, dass er die vorgeschlagenen Steuererhöhungen ablehne. Wegen der extremen Belastungen in der andauernden Corona-Pandemie sei den Gewerbetreibenden sowie den Privathaushalten nicht zuzumuten, die Steuern zu erhöhen. Die steigenden Energiekosten sowie die Inflation würden die Menschen zusätzlich belasten. Er halte die Maßnahmen für sozial unausgewogen. Außerdem würden die erhöhten Steuersätze die Stadt wirtschaftlich unattraktiv machen. Neue Firmen und Familien würden sich auch deshalb hier nicht mehr ansiedeln wollen.

Herr Beushausen gibt zu bedenken, dass, wenn sich der Haushaltsansatz um 1,3 Mio. verschlechtere, die Kommunalaufsicht den Haushalt 2022 wahrscheinlich nicht genehmigen würde.

Frau Lehmann schließt sich den Ausführungen von Herrn Dinkela an. Auch sie ist der Meinung, dass kleinere Unternehmen abwandern könnten und neue sich gar nicht erst ansiedeln würden. Einzelhändler und Gastronomen dürften nicht noch zusätzlich belastet werden.

Auch Frau Flake spricht sich gegen die Steuererhöhungen aus. Sie verweist dabei auf die Steuersätze der umliegenden Kommunen, die geringer seien. Die Erhöhungen kämen in Zeiten der Pandemie zur Unzeit.

Herr Schaper weist darauf hin, dass die Verpflichtung zur Zahlung der Gewerbesteuer von der Höhe der Gewinne der Unternehmen abhänge. Wer keinen Gewinn macht, müsse auch keine Gewerbesteuer zahlen.

Allerdings ist auch er der Meinung, dass bei einer Erhöhung der Gewerbesteuer Alfeld im Vergleich zu Elze und Gronau nicht mehr so wettbewerbsfähig sei. Er schlägt daher eine Erhöhung von lediglich 10% Punkten vor.

Auch das Anheben der Grundsteuern A und B in dem vorgeschlagenen Umfang lehne er ab. Die Mieten und Mietnebenkosten seien ohnehin schon auf einem hohen Niveau.

Herr Winkelmann begrüßt die grundsätzlich soziale Einstellung des Ausschusses. Er gibt jedoch zu bedenken, dass in Sarstedt, im Nahbereich von Hannover liegend, ganz andere Voraussetzungen als in Alfeld (Leine) vorlägen. Allein die Nähe zu Hannover biete hohe Attraktivität zur dortigen Ansiedlung.

Bei der Gewerbesteuer habe es sich im Übrigen gezeigt, dass viele Alfelder Firmen gar nicht so sehr unter der Pandemie gelitten hätten.

Bezüglich der Grundsteuererhöhung habe er durchaus Verständnis für den Vorschlag der Verwaltung, zumal die Erhöhung dem Ziel eines mittelfristigen Haushaltsausgleich diene. Er schlägt eine evtl. Stufenlösung vor. Das Defizit, das bei einer generellen Nichterhöhung entstehen würde, würde unter Umständen zu einem nicht genehmigungsfähigen Haushalt führen. Er empfiehlt daher dringend, in den Fraktionen Gespräche zu führen, um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erlangen.

Herr Gravilli fragt, wenn Steuererhöhungen ein falsches Signal seien, was dann im Haushaltsplan gestrichen werden solle. Frau Lehmann antwortet, dass man erst am Anfang der Diskussion stünde und nun entsprechende Gespräche geführt werden müssten.

Herr Beushausen erwidert, dass es dafür bereits vom Grunde her zu spät sei. Der Haushaltsplan müsse am heutigen Tag beschlossen werden. Änderungen hätten in den vorangegangenen Fachausschüssen besprochen werden können und müssen.

Frau Flake erklärt für die CDU-Fraktion, dass die Steuern nicht erhöht werden sollen, als Ausgleich dafür könnten jedoch 10% der Personalkosten pauschal eingespart werden, was sie aber nicht beantragen wolle. Dieses Verfahren würde auf Landesebene auch angewandt. Auch der Bau des Friedhofshains müsse ebenfalls noch einmal diskutiert werden.

Herr Beushausen weist darauf hin, dass grundsätzlich Anträge sogar noch in der Ratssitzung gestellt werden könnten. Der Beerdigungshain wurde im zuständigen Fachausschuss nicht hinterfragt. Anträge sollten generell rechtzeitig gestellt werden, damit alle Beteiligten die Möglichkeit haben, sich zu informieren und in den Fachausschüssen zu beraten.

Herr Schaper schlägt eine weitere Finanzausschusssitzung vor. Zuvor könne im Fachausschuss der investive Bereich in Bezug auf die Errichtung eines Bestattungshains, die Beschaffung eines mobilen Notstromaggregates und die Erweiterung des Feuerwehrhauses in Föhrste noch einmal besprochen werden. Diese Punkte könnten zunächst auch mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Ferner möchte Herr Schaper wissen, warum für den Ochsenbrunnen eine Wasserenthärtungsanlage nötig sei. Schließlich werde in Kürze eine Trinkwasserenthärtungsanlage für das gesamte Stadtgebiet am Eimser Weg gebaut.

Herr Beushausen antwortet, dass der Ochsenbrunnen im Bereich des Stadions läge und nichts mit der normalen Trinkwasserversorgung zu tun habe. Das dortige Wasser müsse aber enthärtet werden. Die Maßnahme könne jedoch geschoben werden.

Das Notstromaggregat sei für den Hochwasserschutz erforderlich. Auch dieser Posten könne ebenfalls mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Frau Flake erklärt, dass sie sich nicht gegen den Friedhofshain verschließen würde, es aber begrüßen würde, wenn dieser Punkt noch einmal im Fachausschuss und im Rat besprochen würde.

Frau Funk-Pernitzsch teilt mit, dass es hierfür eine Arbeitsgruppe gab, aber keine Abstimmungsmöglichkeit auf politischer Ebene. Auch eine detaillierte Kostenaufstellung habe es bislang nicht gegeben.

Herr Beushausen weist darauf hin, dass der Betrag von 200.000 € von Anfang an im Haushaltsplan enthalten war. Die eigentliche Diskussion über diesen Ansatz hätte im Fachausschuss stattfinden müssen.

Herr Dinkela gibt zu bedenken, dass die Beratungszeit sehr kurz gewesen sei.

Herr Höltgebaum schaltet sich in die Diskussion ein und erklärt, dass die Frage nach dem Friedhofshain in der gemeinsamen Sitzung des Bau- u. Grundeigentumsausschusses und des

Finanzausschusses besprochen worden sei. Es wurde dort festgelegt, dass weiterer Gesprächsbedarf besteht und deshalb der Ansatz mit einem Sperrvermerk versehen werden solle. Ebenso verhielt es sich mit der Erweiterung des Feuerwehrhauses in Föhrste. Auch dieser Ansatz sollte mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Bevor es zur Abstimmung kommt, bittet Herr Winkelmann um eine genaue Formulierung der Anträge, die mit einem Sperrvermerk versehen werden sollen:

- a. „Errichtung eines Bestattungshains“ mit einem Gesamtvolumen i.H.v. 200.000 €
5 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = Antrag angenommen
- b. „Beschaffung eines mobilen Notstromaggregates“ i.H.v. 100.000 €
5 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = Antrag angenommen
- c. „Erweiterung Feuerwehrhaus Föhrste“ i.H.v. 300.000 €
5 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = Antrag angenommen

Über den Vorschlag der Verwaltung den Gewerbesteuerhebesatz um 50%Punkte von 400 auf 450%Punkte anzuheben wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = Antrag abgelehnt

Über den Vorschlag der Verwaltung die Grundsteuerhebesätze um 50%Punkte von 500 auf 550%Punkte anzuheben wurde wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = Antrag abgelehnt

Herr Klossek ist der Auffassung, dass über den neuen Antrag der BAL beraten werden müsse. Es sei schwierig, heute sofort darüber zu entscheiden.

Herr Dinkela unterbricht die Sitzung um 19:00 Uhr, damit die Ausschussmitglieder sich kurz beraten können. Die Sitzung wird um 19:14 Uhr fortgesetzt.

Danach wird über den Antrag der BAL, den Gewerbesteuerhebesatz um 10%Punkte anzuheben um zur Konsolidierung des Haushaltes beizutragen, abgestimmt:

4 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = Antrag abgelehnt

Anschließend wird über den Antrag der BAL den Grundsteuerhebesatz um 10%Punkte anzuheben, abgestimmt.

4 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = Antrag abgelehnt

Frau Flake nimmt auf Seite 217 des Haushaltsplanentwurfs Bezug und möchte die Personalkosten erläutert haben. Ferner möchte sie wissen, ob die Marktrechte übertragen wurden. Herr Beushausen bittet, diesen Punkt in einer gesonderten Sitzung zu besprechen, da dies den heutigen Rahmen sprengen würde.

Frau Lehmann bittet um eine Liste über alle öffentlichen Vergaben, die über 3.000 € liegen.

Herr Beushausen weist darauf hin, dass die Vergaben nach der Vergabeordnung erteilt würden. Aus den Protokollen der Fachausschüsse seien sie im Einzelnen zu entnehmen. Da die Erstellung einer derartigen gesonderten Liste sehr aufwendig wäre, bittet er, über den Antrag auf Erstellung der genannten Vergabeliste abzustimmen:

4 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen 1 Enthaltung = Antrag abgelehnt

Abschließend wird vorbehaltlich des Tagesordnungspunktes „Förderung der Jugendwerkstatt der LBORA gGmbH“ über den Beschlussvorschlag lt. Vorlage 027/XIX abgestimmt:

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die Haushaltssatzung der Stadt Alfeld (Leine) für das Haushaltsjahr 2022.“

Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung für den Zeitraum 2023 bis 2025 und das zugrundeliegende Investitionsprogramm für den gleichen Zeitraum“

Beschluss:

4 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen = Beschlussvorschlag abgelehnt

Abstimmung über den Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine) zur Vorlage 025/XIX

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt das Haushaltssicherungskonzept für das Haushaltsjahr 2022 und den Zeitraum der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung 2023 – 2025 in der geänderten und vorliegenden Fassung.“

Beschluss:

4 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen = Beschlussvorschlag abgelehnt

Frau Flake verlässt um 19:30 Uhr die Sitzung.

**6. Überörtliche Prüfung gemäß §§ 1 bis 4 Niedersächsisches Kommunalprüfungsgesetz (NKPG); Haushaltsrisiken durch Investitionsrückstände
Vorlage: 063/XIX**

Herr Laugwitz erörtert die Vorlage und stellt zusammenfassend fest, dass der Bericht des Landesrechnungshofes nur wenig Aussagekraft habe. Er sei weder positiv noch negativ für die Stadt Alfeld (Leine) zu bewerten.

Herr Beushausen ergänzt, dass die geringe Aussagekraft auch pandemiebedingt sei. Grundsätzlich seien regelmäßige Prüfungen durch den Landesrechnungshof gut und sinnvoll.

Herr Dinkela erkundigt sich nach dem Investitionsstau bei Schulen und Straßen.

Herr Beushausen antwortet, dass die Stadt Alfeld (Leine) bei den Schulen auf einem guten Weg sei. Die Bürgerschule habe eine Mensa erhalten, für die Dohnser Schule seien verschiedene Renovierungsmaßnahmen bereits durchgeführt und weitere geplant und bei der Föhrster Schule seien kürzlich Brandschutzmaßnahmen durchgeführt. Bei den Straßen sehe es allerdings nicht so gut aus, dort bestehe tatsächlich Nachholbedarf, wie bei zahlreichen anderen Städten und Gemeinden auch.

7. **Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Laugwitz bedankt sich bei seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit großen Zeitaufwand und Engagement den Haushaltsplanentwurf und das Haushaltssicherungskonzept gefertigt haben.

Abschließend erklärt Herr Beushausen, dass die heute eingetretene Situation für die Stadt Alfeld (Leine) erstmalig sei. Er bittet die Politik mitzuteilen, wie ein genehmigungsfähiger Haushaltsplan aussehen soll. Wenn der vorliegende Plan sich tatsächlich um 1,3 Mio. verändern soll, bestehe eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass er von der Kommunalaufsicht nicht genehmigt werde, insbesondere dann nicht, wenn ein Haushaltssicherungskonzept nicht den Anforderungen entspreche.

8. **Anfragen**

-keine-

Herr Dinkela schließt die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses um 19:44 Uhr.

(Dinkela)
Vorsitzender

(Meyer)
Protokollführerin

(Beushausen)
Bürgermeister